



Medienkonferenz zum Start des Referendums gegen den Abbau bei der Arbeitslosenversicherung, Bern, 30. März 2010

Abzocker schonen und das Volk bestrafen? Nein zum Abbau der Arbeitslosenversicherung

Von Vania Alleva, Mitglied der Geschäftsleitung Unia

Während Jahren haben die Arbeitnehmenden ihre Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlt. Aber jetzt, wenn mehr und Menschen ihren Job verlieren und wirklich auf die Versicherung angewiesen sind, will die bürgerliche Mehrheit im Parlament und im Bundesrat die Leistungen kürzen. Das ist unfair. Für die Gewerkschaft Unia kommt das nicht in Frage.

Gleichzeitig werden die Abzocker geschont. Die Top-Manager, welche an der gravierenden Wirtschaftskrise, unzähligen Firmenpleiten und der Massenarbeitslosigkeit schuld sind, kassieren bereits wieder Rekord-Boni – und zahlen dafür nicht einmal Beiträge an die Arbeitslosenversicherung. Denn für Einkommen ab 126'000 Franken gilt ein reduzierter Beitragssatz. Und Einkommen über 315'000 Franken sind ganz von Beiträgen befreit. Millionen-Boni und goldene Fallschirme für die Fehlleistungen der Manager, aber keine Beiträge an die Arbeitslosenversicherung: das ist eine bodenlose Frechheit.

Ein Parlament und eine Regierung, die in der heutigen Zeit eine solche Revision der Arbeitslosenversicherung vorschlagen, haben jegliches Gefühl für soziale Gerechtigkeit verloren.

Die Revision der Arbeitslosenversicherung trifft diejenigen am härtesten, die heute schon die grössten Probleme im Arbeitsmarkt haben:

- Die Schweiz kennt keinen Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende. Jetzt sollen ihnen auch noch die Versicherungsleistungen zusammengestrichen und ein volles Taggeld nur noch nach einer Beitragszeit von zwei Jahren gewährt werden. Wer so etwas beschliesst, der kümmert sich nicht um die Realität der Arbeitswelt. Ältere Arbeitnehmende geraten gerade in der Krise immer mehr unter Druck. Wer mit über 55 Jahren arbeitslos wird, hat kaum mehr Chancen eine neue Stelle zu finden. Oft sind Langzeitarbeitslosigkeit, bestenfalls unterbrochen von temporären Anstellungen, und letztlich Aussteuerung und Fürsorgeabhängigkeit die Folge. Mit der Kürzung der Taggelder für ältere Arbeitnehmende werden Frauen und Männer, die während Jahrzehnten hart gearbeitet und stets ihre Beiträge bezahlt haben, in die Sozialhilfe abgeschoben. Das ist unwürdig.
- Besonders hart betroffen sind auch die Jungen. Sie sollen nach der Ausbildung länger auf Taggelder warten müssen und erhalten zum Teil massiv weniger Taggelder. Auch die Gelder für arbeitsmarktliche Massnahmen und Weiterbildungen werden zusammengestrichen. Wen wundert's noch, wenn sich Junge von dieser Gesellschaft betrogen fühlen?
- Ähnlich betroffen wie die Jungen sind die Frauen. Sie haben oft gebrochene Berufsbiographien. Als Wiedereinsteigerinnen würden sie mit dem neuen Gesetz abgestraft.

Abzocker schonen und das Volk bestrafen?
Nein zum Abbau der Arbeitslosenversicherung
2/2

Als Grund für die Kürzungen werden die «Schulden» der Arbeitslosenversicherung angeführt. Die ALV ist heute mit gut 6 Milliarden Franken im Minus – dies als Schuld zu bezeichnen ist aber Unsinn. Tatsächlich ist das lediglich ein Zeichen einer ungenügenden Finanzierung dieses Sozialwerks durch den Gesetzgeber.

Für die Rettung einer Grossbank hat die Regierung vor eineinhalb Jahren über Nacht 68 Milliarden Franken Staatsgarantie aufgetrieben. Die UBS sei «systemrelevant», war die Begründung. Aber noch systemrelevanter in dieser Gesellschaft sind die Menschen, die Arbeitnehmenden, die unter dieser Krise zu leiden haben. Falls die Abzocker und Manager auf ihrem Einkommen die gleichen Beiträge zahlen würden wie alle Normalverdienenden, dann gäbe es in der Arbeitslosenversicherung kein Loch mehr.

Wir wehren uns dagegen, dass die Abzocker belohnt und die Arbeitnehmenden bestraft werden. Darum werden wir diese Revision bekämpfen. Wir sind zuversichtlich, dass die Schweizerinnen und Schweizer diese Gesetzesänderung an der Urne ablehnen werden.

Für Rückfragen: Vania Alleva, Tel. 079 620 11 14